

Vertreibung als Kriegswaffe

Bente Scheller

*Geflüchtete sind Ziel, nicht zufällig
Getroffene des Kriegs in Syrien*

*Können syrische Geflüchtete alsbald wieder nach Hause geschickt werden? Diese Frage, mit der sich die Innenminister*innen aus Bund und Ländern im Dezember einmal mehr beschäftigen wollen, besorgt und verstört aktuell syrische Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen.*

Aufrecht steht sie vor dem Gericht in Koblenz, umgeben von gerahmten Portraitfotos von Frauen und Männern, das Bild ihres Vaters in Händen: Wafa Mustafa. Wafa stammt aus Syrien, ihr Vater ist einer von den Zehntausenden, die „verschwunden“ sind – verhaftet, ohne dass man je wieder von ihnen gehört hätte, entführt und der Rechtsstaatlichkeit so sehr entzogen, wie sie schmerzhaft in den Erinnerungen ihrer Angehörigen und Freund/innen präsent sind. In Koblenz finden gerade die ersten Prozesse gegen Angehörige des syrischen Regimes statt, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt.

„Töten im industriellen Ausmaß“

Auf die Titelseiten schafft Syrien es nicht mehr, seit die allgemeine Wahrnehmung ist, dass Assad den Krieg gewonnen hat. Was sind schon die jetzigen Bombardierungen im Vergleich zu all den Gräueltaten, mit denen das Regime die Bürger/innen Syriens in den letzten Jahren in die Unterwerfung gezwungen hat? Ob es das „Töten im industriellen Ausmaß“ in Syriens Gefängnissen ist, das der ins Ausland geflohenen Militärfotograf „Caesar“ zuvor im Auftrag des Regimes dokumentierte (<https://bit.ly/34jIVbH>), tausendfacher Tod durch den Einsatz von Giftgas (<https://bit.ly/3hh4e2T>) oder Hunderte



Solange Assad an der Macht ist, ist an Rückkehr nicht zu denken, Abschiebungen wären ein Ticket in den Tod.

wohldokumentierter gezielter Angriffe auf Krankenhäuser (<https://syriamap.phr.org/#/en>, <https://bit.ly/32eiXFg>), Schulen und Kindergärten: All das scheint aus dem politischen Gedächtnis zu schwinden, sobald nichts Neues passiert, das dies zu überbieten scheint.

Es ist ein Trugschluss, das Abflauen der Kampfhandlungen mit dem Ende des Kriegs, den Bashar al-Assad 2011 gegen die syrische Bevölkerung begonnen hat, gleichzusetzen. Über die Hälfte der syrischen Bevölkerung ist vertrieben, über 5 Millionen befinden sich im Ausland und mehr als 6 Millionen sind Binnenflüchtlinge. Schon 2013 haben die Vereinten Nationen bei 400.000 Toten aufgehört, zu zählen. Die tatsächliche Zahl der Getöte-

ten dürfte weit höher liegen, denn Syrien ist seither nicht friedlicher geworden.

Soziale Ungerechtigkeit, Korruption, willkürliche Gewalt

Keiner der Faktoren – soziale Ungerechtigkeit, Korruption, willkürliche Gewalt der Geheimdienste ist weniger geworden, sie haben sich über die letzten Jahre ganz im Gegenteil potenziert. Niemand ist sicher in Syrien. Nicht die zwei bis drei Millionen Menschen in Idlib, der letzten von Rebellen gehaltenen Provinz im Nordwesten, über der das Damoklesschwert einer erneuten Militäroffensive schwebt, nicht die religiösen Minderheiten wie den Alawiten, Christen, Drusen

oder Ismailis, auf die das Regime Angriffe zulässt, sobald sie sich nicht willfährig genug zeigen. Nicht die Kurd*innen, deren Gebiete teilweise durch die Türkei besetzt sind und denen das Regime das Streben nach Autonomie verweigert, und auch nicht die Palästinenser*innen, denen es die Bürgerrechte ebenfalls vorenthält.

Wie kann es angesichts all dessen sein, dass dennoch immer wieder die Frage, wann Rückkehr möglich sei, aufs Tapet kommt?

Diplomatische Initiativen stecken in der Sackgasse und haben nicht zu einer Befriedung beigetragen. In einem Kontext, indem die Konfrontation mit den „Starken“, insbesondere Russland als diplomatischer Schutzmacht Assads und seinem entscheidenden militärischen Unterstützer, gescheut wird, liegt es vielleicht nahe, dass Politiker*innen aber auch die Entwicklungszusammenarbeit nach „technischen“ oder „kreativen“ Ansätzen sucht – aber oft auf Kosten der vermeintlich „Schwachen“, der Zivilbevölkerung und der Geflüchteten.

Nur so ist zu erklären, warum immer wieder eine europäische Unterstützung für den „Wiederaufbau“ in Syrien diskutiert und in einem Atemzug mit der Erwägung, Geflüchteten die Rückkehr zu ermöglichen, ins Gespräch kommt.

Natürlich haben viele ihre Wohnungen verloren. Doch Wohnraum ist beileibe nicht das Hauptproblem, das einer Rückkehr entgegensteht. Flucht ist im Syrien-Kontext nicht die unvermeidliche Folge von Zerstörung, sondern politisch intendiert.

Das syrische Regime hat die Aufständischen von Anfang an als „Terroristen“ bezeichnet und als „Mikroben“ oder „Keime“ geschmäht. Es hat ganze Landstriche erst abgeriegelt und dann durch Bombardieren, Aushungern und das Vorenthalten medizinischer Hilfe strategisch so viel Leid wie möglich geschaffen, um die Menschen zur Kapitulation zu zwingen. Siehe Watch (<https://siege-watch.org/>), das die



Belagerungen über ihre gesamte Dauer dokumentiert und begleitet hat, weist Dutzende von Orten am Ende der Belagerung als „entvölkert“ auf.

Kalkulierte Zerstörung und Enteignung von Wohnraum

Die ehemaligen Bewohner*innen von unter anderem Homs oder Qaboun konnten über die sozialen Medien mitverfolgen, wie das Regime nachdem es die Orte wieder eingenommen hatte, bewohnbare Strukturen zerstörte – um einem Wiederaufbau nur für genehme Teile der Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes den Weg zu ebnen. Nachdem das einstige palästinensische Flüchtlingslager Yarmouk wieder eingenommen wurde, zeigten Videos plündernde Soldaten und Subunternehmer, die die Leitungen aus dem Boden rissen. Diese Demontage der grundlegenden Infrastruktur erlaubten dem Regime, zum Exporteur von Kupfer zu werden, ohne eine Kupfermine zu haben. An vielen Orten ist den Bewohner*innen die Rückkehr untersagt, zum Beispiel in Daraya, das durch seinen explizit gewaltfreien Widerstand den Hass

des Regimes auf sich zog. Wiederaufbau in Assads Sinn dient nicht der Rückkehr von Geflüchteten, sondern ganz im Gegenteil: Es schließt diese dauerhaft aus.

Die Pläne für großangelegte Bauprojekte wie Marota City (<https://www.syrbanism.com/marotacity>) oder Basilia sehen nicht etwa Wohnraum für Bedürftige vor, sondern Einkaufszentren und Luxuswohnungen. Wie es im Dezember 2018 in dem regime-nahen Syrian Law Journal hieß: „Eine Wohnungsbau-Strategie für Syrien stellt Experten vor Herausforderungen, da die Mittelklasse dezimiert worden ist. Diejenigen, die Wohnraum am dringendsten benötigen würden, können sich diesen nicht leisten und jedwedes größere Immobilienprojekt kann sich nur an die hiesigen Wohlsituierten und Expats richten.“ (Übersetzung ins Deutsche von der Autorin, [@Syrian_Law, 13.12.2018]).

Alleine das Land zu verlassen wird von der syrischen Justiz kriminalisiert. Wer flüchten musste, war nicht in der Lage, die erforderliche Ausreisegenehmigung zu beantragen, doch das Land „auf illegalen Wegen“ verlassen zu haben, wird mit Gefängnisstrafen zwischen sechs Mona-

ten und zwei Jahren geahndet (<https://bit.ly/2CPPGrY>). Diese Regelung wurde während des Krieges noch einmal verschärft, indem die Flucht als Verstoß gegen die „öffentliche Moral“ gewertet wurde.

Mit einer Reihe von Erlassen und Gesetzen hat das syrische Regime seit 2011 Enteignungen erleichtert und es schwierig bis unmöglich für Geflüchtete gemacht, ihre Haus- und Landrechte geltend zu machen.

Wer darüber nachdenkt, Bauprojekte in Syrien zu unterstützen, sollte sich darüber im Klaren sein, dass dies kein rein technisches Unterfangen ist. Es hat schwerwiegende politische Implikationen, denn je nachdem, wo und für wen gebaut wird, zementieren Bauprojekte politisches Unrecht, schlimmstenfalls dauerhafte Vertreibung. Expert*innen beschreiben den Krieg zynisch als ein Instrument des syrischen Regimes zur Stadtgestaltung, oder wie es die Architektin Lynda Zein formulierte: eine „extreme Form der Gentrifizierung“ (<https://bit.ly/31dhPT8>).

Doch Rückkehr hängt nicht primär davon ab, ob Wohnraum verfügbar ist, sondern von der Sicherheit.





Unverhohlene Drohungen gegen Geflüchtete

Die überwiegende Anzahl von Syrerinnen und Syrern hat stets in Umfragen angegeben, nach Syrien zurückkehren zu wollen.

Doch wie steht das syrische Regime zur Rückkehr seiner Landsleute? In Reden von und Interviews mit Bashar al-Assad klingt es stets so, als stehe Syrien den Geflüchteten offen. Eine nähere Betrachtung wirft jedoch Zweifel an dieser Behauptung auf. Denn zu den oben beschriebenen rechtlichen und administrativen Hürden kommen Andeutungen, Diffamierungen und Drohungen durch Vertreter verschiedenster Institutionen des Regimes, die abschreckend wirken. In einer Rede zu einer Konferenz des Außenministeriums vom August 2017 bedauerte Assad zum Beispiel, dass das Land viele junge Leute verloren habe; er betonte jedoch im gleichen Atemzug, dadurch sei die syrische Gesellschaft „gesünder und homogener“ geworden – eine Wortwahl, die nicht nur in deutschen Ohren unguete historische Assoziationen weckt.

Noch weniger ein Blatt vor den Mund nahm der mittlerweile verstorbene hochrangige syrische General Issam Zahredine, als er im Staatsfernsehen Geflüchtete davor warnte, je wieder einen Fuß nach Syrien zu setzen: „Wir werden ihnen nicht vergeben und nicht vergessen, was sie getan haben.“ (Quelle: https://twitter.com/ShehabiFares/with_replies). Auch wenn er am nächsten Tag behauptete, er habe nur die bewaffneten Aufständischen gemeint – im streng kontrollierten Staatsfernsehen würde ein Vertreter des Regimes eine solche Aussage nicht machen, ohne dass diese autorisiert wäre. Syrerinnen und Syrern, jahrzehntelang darin geschult, zwischen den Zeilen zu lesen und eine mehr oder weniger unverhohlene Drohung auch als solche zu verstehen, sind diese Machttechnik gewohnt: Man lässt einen Vertreter des Regimes eine Aussage machen, von der man später behaupten kann, es habe sich um einen persönlichen Ausrutscher gehandelt. In die gleiche Richtung gehen Aussagen des prominenten, dem Regime absolut loyalen ehemaligen syrischen Abgeordneten Fares Shehabi. Zwar begrüßt er die Rückkehr

Geflüchteter im Allgemeinen und betont, wie wichtig diese für das Land seien. In seinen Kommentaren zum Flüchtlingslager Rukban und anderen Geflüchteten bezeichnet er diese jedoch als Terroristen und Verräter (<https://bit.ly/3hnVtnK>). Der Abgeordnete Zuhair Ramadan, gleichzeitig seit 2014 Vorsitzender der syrischen Künstlervereinigung, geht ebenfalls streng mit Geflüchteten ins Gericht: Unter ihnen seien Staatsfeinde, und selbstverständlich lasse er die Namen oppositioneller Künstlerinnen und Künstler auf die Listen der vom Staat Gesuchten setzen (<https://bit.ly/32bnrwz>).

Die unverblümtesten Worte fand möglicherweise der ehemalige Luftwaffengeheimdienstchef Jamil Hassan, gegen den in Deutschland ein Haftbefehl erlassen wurde: Man werde die Geflüchteten „behandeln wie Schafe“ und die „Guten unter ihnen von den Schlechten trennen“. Besser sei ein Syrien mit einer Bevölkerung „von 10 Millionen loyalen Bürgern als ein Syrien mit 30 Millionen Barbaren“ (<https://bit.ly/2FAkdpd>). So zitieren ihn unbenannte Quellen aus einem angeblichen Treffen. Das kann nicht verifiziert

werden, deckt sich inhaltlich aber mit den Aussagen eines arabischen Diplomaten im informellen Gespräch mit der Autorin, der gute Kontakte zum Regime unterhält.

Ob Politik, Militär, Geheimdienste oder sogar die Künstlervereinigung: Aus allen Bereichen kommen Drohungen, die Geflüchteten signalisieren: Ihr werdet eine Rückkehr bereuen.

Rückkehrer*innen verhaftet und verschwunden

Dennoch gibt es freiwillige Rückkehrer. Viele sind es nicht: Rund 330 pro Jahr sind nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge seit 2017 aus Deutschland nach Syrien zurückgekehrt. Sie müssen keine Gründe angeben, doch oft spielt die Sorge um Familienan-

gehörige, die sich noch in Syrien befinden, eine Rolle. Einige der Rückkehrer/innen wurden direkt nach ihrer Rückkehr verhaftet und sind seither „verschwunden.“

Weitaus mehr Menschen als hineinwollen haben guten Grund hinauszuwollen, um sich in Sicherheit zu bringen. Allein aus Idlib. Assad hat geschworen, „jeden Zentimeter“ syrischen Bodens erobern zu wollen. Eine weitere Militäroffensive ist also nur eine Frage der Zeit. Auch ohne das verschlechtert sich die sozio-ökonomische Lage hier täglich, denn Russland hat im Sicherheitsrat durchgesetzt, alle Grenzübergänge bis auf einen für humanitäre Hilfe zu schließen.

Solange Assad an der Macht ist, ist an eine Rückkehr von Geflüchteten nicht zu denken, Abschiebungen wären möglicherweise ein Ticket in den Tod. Rückkehrer

bräuchten Sicherheit, Assad hingegen lebt von der Unsicherheit. Seine Armee hat es selbst mit massiver Unterstützung durch die russische Luftwaffe und iranische Söldnertruppen nur mit äußerster Mühe geschafft, Teile des Landes wiederzuerobern. Das hat dem Regime gezeigt, dass es sich auch in Zukunft nur mit Gewalt und Angst herrschen können – und dabei ist Unsicherheit ein zentrales Instrument.

Statt also zu diskutieren, wann und wie wieder nach Syrien abgeschoben werden kann, stünde es Deutschland gut zu Gesicht, endlich den Familiennachzug zu erleichtern und legale Wege zu schaffen, über die Menschen Syrien verlassen und Schutz finden können.

Autorinnenhinweis siehe hier: https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_96/S96-34.pdf

#SyriaNotSafe

Berichte und Bilder aus einem gepeinigten Land

Bei der Innenministerkonferenz, die vom 9. bis 11. Dezember 2020 in Weimar stattfindet, wird wohl ein Beschluss über den bestehenden Syrien-Abschiebungsstopp fallen. In einigen Bundesländern liebäugeln Ordnungspolitiker demonstrativ mit einer Beendigung dieses Schutzinstruments. Mit Bildern und Berichten macht diese Ausgabe des Magazins Der Schlepper den fortbestehenden Bedarf an einem Abschiebungsstopp für Menschen aus Syrien deutlich.

Im Dezember treffen sich die Innenminister*innen und -senatoren in Weimar zur zweimal jährlich tagenden Innenministerkonferenz (IMK) und entscheiden dort unter anderem über die Verlängerung oder Aufweichung des Syrien-Abschiebungsstopps. Die Menschenrechtslage gibt allerdings keinen Anlass, Abschiebungen als zumutbar zu erachten.

In diesem Heft lenken wir daher ein besonderes Augenmerk auf die in Syrien fortbestehenden Fluchtgründe und dort herrschenden Rückkehrisiken. Mit zahlreichen Beiträgen leuchten wir die Lage aus verschiedenen Blickwinkeln aus:

- Die seit 2011 stattfindenden Kämpfe zwischen Aufständischen und dem Regime und seinen Kollaborateuren konzentrieren sich inzwischen v.a. auf die Provinz Idlib, mit weiteren militärischen Eskalationen ist allerdings landesweit zu rechnen.
- Das Assad-Regime hat sich mit Kriegsverbrechen an der Macht gehalten, unter anderem mit Giftgasangriffen

und zahllosen Bombardierungen auf Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen.

- Menschen, die das Assad-Regime oder lokal herrschende Aufständische ablehnen oder denen dies auch nur unterstellt wird, sind von Verhaftungen, Folter, Ermordung und der Praxis des Verschwindenlassens bedroht.
- Rückkehrer*innen werden als „geflüchtete Regimegegner*innen“ oder Deserteure verdächtigt, in zahlreichen Fällen inhaftiert und regelmäßig enteignet.
- Hierzulande exilierte Syrier*innen schwanken zwischen der Angst vor den Risiken einer Rückkehr und der sehnsüchtigen Erinnerung an die Heimat.

Eine Fotoausstellung „Idlib im Herzen“ auf der Web-Seite des Flüchtlingsrates www.frsh.de und die in diesem Heft enthaltenen Bilder dokumentieren eindrucksvoll Tod und Überleben in der Provinz Idlib unter den Bedingungen jahrelanger Gewalt und kleiner Fluchten in den seltenen Feuerpausen.

Wir appellieren mit dieser Ausgabe unseres Magazins an die schleswig-holsteinische Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, sich bei der IMK für eine Entfristung und Verstetigung des Syrien-Abschiebungsstopps und die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund für eine Bleiberechtsregelung für syrische Geflüchtete einzusetzen.

Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, den Erlass zur Angehörigenaufnahme von Syrer*innen unabhängig von der anstehenden IMK-Beschlusslage bis auf Weiteres zu verlängern.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.